

forderung, die wir lösen wollen. Dafür brauchen wir die Zeit und sagen, wir machen das zur Anmeldung zum Herbst 2024, weil wir klären müssen, wo diese Förderung stattfindet. Das ist doch gerade die Herausforderung. – Danke.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Frau Ministerin. Jetzt dürfen Sie auch Platz nehmen. – Jetzt hat der Kollege Müller für sage und schreibe noch 30 Sekunden das Wort.

Frank Müller^{*)} (SPD): Das wird ein Sprint und kein Marathon, liebe Kolleginnen und Kollegen. Sehr geehrter Herr Präsident, ein Satz. – Wir haben vor einem Jahr diskutiert, als das Land die Sprachförderung übernommen hat: Nutzt das doch und macht jetzt ein ganzheitliches Konzept, versucht, das einmal neu aufzustellen, wenn ihr dieses Geld in die Hand nehmt, was der Bund gibt. – Vor einem Jahr! Jetzt ist es ein Jahr später, und wir diskutieren heute mit der Perspektive, dass noch ein Jahr vergeht.

Werte Frau Ministerin, Ihr Rumgeeiere – ich weiß nicht, ob das Wort parlamentarisch ist – zeigt doch am Ende, dass Sie in der heutigen Debatte ziemlich blank dastehen. Wenn man so einen Antrag wie den der FDP-Fraktion diskutiert, dann kann man sich ein bisschen besser vorbereiten und tatsächlich auch Antworten geben. Die Antworten, die Sie gegeben haben, Frau Feller, überzeugen uns alle tatsächlich nicht. Das wird wirklich eine sehr, sehr spannende Debatte im Ausschuss. – Herzlichen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen, und Glück auf.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Somit sind wir am Schluss der Aussprache.

Wir gehen über zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrages Drucksache 18/5429 an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend – federführend – sowie an den Ausschuss für Schule und Bildung. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ich frage, wer der Überweisungsempfehlung zustimmt. – Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer stimmt dagegen? – Keine Gegenstimmen. Wer Enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist diese **Überweisungsempfehlung angenommen**.

Wir kommen zu:

7 Mit uns wird NRW Stärke zeigen: Die Clankriminalität endlich ganzheitlich bekämpfen – Neue Clans an ihrer Entstehung hindern – Unsere freiheitliche Ordnung verteidigen

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/5418

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der AfD dem Abgeordneten Herrn Wagner das Wort.

Markus Wagner^{*)} (AfD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Clankriminelle – sie fahren im Rolls Royce vor das Sozialamt, sie betrügen, sie schießen, sie schlagen zu. Clankriminelle und ihre verbrecherischen Parallelgesellschaften, sie zocken uns ab, sie lachen uns aus, denn für sie läuft es ja. Ihr krimineller Nachschub kommt ungehindert über die Grenzen. Abgeschoben wird keiner. Die Justiz auf Kuschelkurs, und die grünen Freunde der CDU wollen das Wort „Clans“ gleich ganz verbieten, das sei ja diskriminierend. Es ist eine Politik aus dem Irrenhaus.

(Dr. Julia Höller [GRÜNE]: Irrenhaus? Parlamentarisch?)

Die Folgen dieses Totalversagens haben wir jetzt schwarz auf weiß. Gestern stellte Innenminister Herbert Reul das Lagebild Clankriminalität 2022 vor. Er tat dies etwas verschämt und ohne große Ankündigung. Warum? Das wird beim Blick in die 42 Seiten schnell klar. Die Zahlen – Ihre Zahlen, Herr Reul – sind ein einziger Offenbarungseid. Sie sind die Quittung für die völlig verfehlte Migrations- und Innenpolitik der letzten Jahre und Jahrzehnte. Über 20 % mehr Clankriminalität allein im letzten Jahr, immer mehr Täter, immer mehr Straftaten, die Clanverbrechen steigen sogar noch schneller als die allgemeine Kriminalität.

Als sei das nicht schlimm genug, als wären Ihre Ergebnisse nicht katastrophal genug, sie sind noch dazu nicht einmal die volle Wahrheit; denn das Lagebild bezieht sich ja nur auf die türkisch-libanesischen Clans, also die, die sich schon seit den 1980ern hier ihre Verbrecherstrukturen aufbauen konnten. Der Grund dafür ist damals wie heute, dass die etablierten Parteien dabei lieber wegschauen. Wegschauen, vertuschen, verdrängen und es dadurch schlimmer werden lassen: Das sind Ihre Hits der 80er, der 90er und das Beste von heute, es sind die Hits der alten Parteien. Es ist das Lied, das auch Herbert Reul singt, und das ist das falsche Lied, meine Damen und Herren.

Doch wer nicht wegschaute und wer nicht verdrängte, dem war klar, was passieren wird. Ich erklärte Ihnen

bereits vor knapp vier Jahren an diesem Rednerpult – Zitat –:

„Es geht“

– mit den neuen Clans –

„heute alles noch viel schneller als in den 80ern, weil seit 2015 so schnell so viele von den Falschen ohne Steuerung und Begrenzung in unser Land gelassen wurden und bis heute werden. Die alten und neuen Clans erhalten also ständig neuen personellen Nachwuchs.“

Denn – damit sind wir bei der nächsten Problemstufe – die Clans aus dem Libanon bekommen nun zunehmend Konkurrenz durch syrische, irakische, albanische und nigerianische MafiACLANS.“

– Zitat Ende. – Ich hatte Sie gewarnt. Ihre Antwort damals war: Abwinken. Rechtspopulist. Wir machen das schon. Wir schaffen das schon. Jetzt sind sie eben da.

Als Bürger haben wir genug davon. Wir haben genug von Ihren Sprüchen und genug davon, dass Sie unser Land an die Wand fahren. Ausbaden darf Ihre verrückte Ignoranz, die unser Land an die Wand fährt, unsere Polizei und der Bürger vor Ort; die Deutschen genauso wie die gut assimilierten Menschen ausländischer Herkunft. Schon Forrest Gump wusste: Dumm ist, wer Dummes tut.

Zwischenzeitlich ist Herbert Reul völlig ahnungslos, wer sich neuerdings zu Hunderten in den Innenstädten von Essen, Castrop-Rauxel oder Bocholt mit Maschinenpistolen, Messern und blanken Fäusten gegenübersteht. Er wisse gar nicht, wer diese Syrer seien, die sich Schlachten mit den Libanesen liefern, aber er wolle jetzt vielleicht einmal hingucken.

Das ist toll, Herr Reul. Jetzt, wo die kriminellen Strukturen der neuen Flüchtlingsclans ausgebaut sind, wollen Sie einmal ein bisschen nachsehen, wer das sein könnte. Man fasst es nicht.

Als ich 2021 hier beantragt habe, endlich auch die Clans aus Syrien, aus dem Irak oder aus Nigeria in das Lagebild des LKA aufzunehmen, haben Sie das brüsk abgelehnt. Damals hieß es, dass das rechts sei. Rechts? Meine Damen und Herren, das ist mittlerweile wohl das neue Synonym für Realist. Und realistisch ist: Die neuen Clans gehen auf Ihre Kappe. Das ist Ihre Verantwortung, es ist Ihre Verantwortungslosigkeit.

Herr Reul, ich schätze Sie menschlich, aber jemand muss es Ihnen sagen: Sie haben Ihren Zenit überschritten. Unter Ihnen steigen die Straftaten zweifelhaft. Die Clans werden mehr, und mit den Grünen als Koalitionspartner – das wissen Sie auch selbst – wird es nachweisbar noch schlimmer. Es muss allerdings endlich besser werden.

Ich will, dass wir gegen die Flut der Kriminellen wieder Erfolg haben. Wie das geschehen kann, habe ich Ihnen auf zwölf Seiten in 25 Einzelmaßnahmen aufgeschrieben. Dazu gehört auch, das kriminelle Personenpotenzial der Clans endlich zu reduzieren. Das heißt, keine zusätzlichen Kriminellen mehr über unsere Grenzen zu lassen; es reicht mittlerweile endgültig. Das heißt, keine KuscheIjustiz mehr für die Täter, denen Sie bereits fälschlicherweise den deutschen Pass gegeben haben. Das heißt auch, ausländische Kriminelle endlich konsequent abzuschieben.

Herr Reul, Sie wollen mit Nadelstichen gegen die Clans vorgehen, doch die Clans haben Macheten und Schusswaffen. Ihre Nadeln – das versteht mittlerweile jeder – sind zu wenig. Deshalb sind auch Ihre Zahlen so schlecht. Wenn Sie das nicht ändern, werden wir das ändern, wenn wir regieren. Das kann ich Ihnen versprechen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der AfD – Zuruf von der SPD: Gott bewahre!)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Meine Damen und Herren, für die Fraktion der CDU spricht nun der Abgeordnete Kollege Dr. Katzidis.

Dr. Christos Katzidis (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte heute eigentlich ein Stoffmurmeltier mitbringen und es auf das Rednerpult stellen. Allerdings war ich mir nicht ganz sicher, ob das unparlamentarisch ist und ich mir dann wieder eine Rüge einfange. Deshalb habe ich das gelassen.

Aber, Herr Kollege Wagner, bei der AfD ist, wie man Sie hier am Rednerpult eben wieder gehört hat, alles wie immer. Die Sprüche sind seit 2017 – etwas anderes kann ich nicht beurteilen – immer wieder dieselben. Im Übrigen sind es auch zu unterschiedlichen Themen immer wieder dieselben Sprüche, und auch Ihre Anträge gleichen sich an vielen, vielen Stellen.

Bei I. Ausgangslage steht immer enorm viel Prosa. Es gibt auch enorm viele Zitierungen insbesondere von Menschen, die der AfD vermeintlich nicht nahe stehen, auf die Sie Bezug nehmen, um Ihre Thesen damit zu untermauern. Einige Ihrer Thesen haben Sie hier auch noch einmal zum Besten gegeben.

Zahlen seien ein Offenbarungseid und Ergebnisse katastrophal genug. Sie haben Herrn Minister Reul auch Verantwortungslosigkeit nachgesagt. Ich weiß nicht, wie Sie Zahlen interpretieren. Wir verzeichnen zum Beispiel auch im Bereich des Kindesmissbrauchs enorme Zuwachsraten in der polizeilichen Kriminalstatistik. Das liegt jedoch nicht zwingend daran, dass es einen enormen Zuwachs an Straftaten gibt, sondern das liegt daran, dass der Kontrolldruck,

die Fahndungsmaßnahmen und die Ermittlungsarbeit enorm verstärkt wurden.

Es wurde ein enormer Druck aufgebaut, und deshalb wird viel, viel mehr aufgeklärt. Vieles rückt vom Dunkelfeld ins Hellfeld. Ähnlich ist das im Übrigen bei der Clankriminalität. Ich glaube, dass das bei der AfD-Fraktion noch nicht ganz angekommen ist.

Sie haben eben erwähnt, dass Sie neben der Beschreibung der Ausgangslage auf achteinhalb Seiten auch 25 Forderungen aufgestellt haben. Darauf möchte ich eingehen, damit Sie in aller Deutlichkeit sehen, dass wir es uns nicht einfach machen

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

und uns mit der AfD inhaltlich wirklich auseinandersetzen.

Die Forderung Nummer 1 macht deutlich – das haben Sie eben dargestellt –, dass Sie die Polizei dort, wo es um das Lagebild geht, im Prinzip instrumentalisieren und steuern wollen.

Ihre Forderungen Nummer 2 und 3 bedeuten einen weiteren Statistikaufwand ohne die Bekämpfung der Clankriminalität zu stärken.

Die Forderung Nummer 4 hat mit der Bekämpfung der Clankriminalität gar nichts zu tun. Ein migrationspolitischer Paradigmenwechsel ist Bundespolitik und speziell in dem Fall auch nicht so erforderlich, wie Sie das immer und immer wieder zu suggerieren versuchen.

Forderung Nummer 5 führt auch wieder zu einem erheblichen Statistikaufwand.

Forderung Nummer 6 ist schon längst erfüllt, wo es um die finanzielle, personelle und technische Ausstattung geht. Seit 2017 haben wir kontinuierlich die Einstellungszahlen auf aktuell 3.000 neue Stellen bei den Kommissaranwärtern in diesem Jahr und für die Folgejahren erhöht. Seit 2017 ist der Etat für das Innenministerium jedes Jahr permanent erhöht worden., 2024 beträgt er dann aktuell 7,1 Milliarden Euro. Wir haben Smartphones flächendeckend eingeführt genauso wie das virtuelle Großraumbüro, das landesweit im Übrigen von allen, die an einem Fall arbeiten, genutzt werden kann.

Forderung Nummer 7 ist einerseits Bundesrecht, was die rechtlichen Voraussetzungen angeht, und andererseits werden wir ganz sicher keiner Beobachtungsinstanz für Kriminelle durch Jugendämtern zustimmen. Das ist Sache der Polizei und sollte auch immer in der Arbeit und der Verantwortlichkeit der Polizei bleiben.

Forderung Nummer 8 ist überflüssig. Viel notwendiger als diese Forderung ist, dass die Städte und Kommunen auch endlich mal ihre kommunale Sicherheitsverantwortung vernünftig wahrnehmen und diese auch als eigenen strategischen Schwerpunkt

begreifen – Stichwort Gewerberecht, Konzessionsrecht, Halterrecht bei Fahrzeugen. Das ist ein wichtiger Stakeholder und ein wichtiger Partner bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und insbesondere auch der Clankriminalität. Leider haben das aber viele Städte und Kommunen nicht auf ihrem Schirm und sehen da auch gar keinen Schwerpunkt. Da haben wir noch einiges an Arbeit zu leisten.

Forderung Nummer 9 bringt erheblichen zusätzlichen Verwaltungsaufwand, wenn man ihn so umsetzen würde.

Forderung Nummer 10 ist überflüssig. Das Landeskriminalamt weiß sehr gut, welches Kriminalitätsphänomen wie bekämpft werden muss. Ich glaube nicht, dass das Landeskriminalamt da auf die AfD-Fraktion angewiesen ist.

Forderung Nummer 11 ...

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Es liegt ein Antrag auf eine Kurzintervention vor, aber die kann am Ende Ihrer Rede stattfinden. Es ist ja keine Zwischenfrage. Daher können Sie ungestört fortfahren.

Dr. Christos Katzidis (CDU): Gut, dann machen wir das am Ende.

Forderung Nummer 11 ist überflüssig.

Forderung Nummer 12 ist ebenfalls überflüssig, weil bekannt ist, dass Bedrohungen und Einflussnahmen vorgenommen werden. Anonyme Befragungen brauchen wir dazu nicht. Viel wichtiger ist es, dass die Bediensteten entsprechend geschützt und die Täter aus dem Verkehr gezogen werden. Wo wir sicherlich beieinander sind, ist bei der Frage, wie Gerichte Strafen verhängen.

Forderung Nummer 13 ist überflüssig, weil der Datenaustausch rechtlich problemlos möglich ist. Oftmals hört man, was vermeintlich alles aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht möglich sein soll. Ich finde es immer wieder faszinierend, wenn man sich anschaut, wie andere Länder in der Europäischen Union die Europäische Datenschutz-Grundverordnung anders interpretieren als wir Deutschen. Wenn man trotzdem mal einen Blick in das Gesetz wirft, dann stellt man fest, dass vieles möglich ist, was vielleicht auf den ersten Blick nicht den Anschein hat.

Wir brauchen regionale Taskforces auch zusammen mit Finanzbehörden im besonderen Maße und mit Staatsanwaltschaften, und zwar wieder auf der kommunalen Ebene. Da haben wir ganz sicher Handlungsbedarf. Hier sind die Städte und Kommunen leider nicht die Treiber, und auch da werden wir weiterhin versuchen, Aufklärungsarbeit zu leisten.

Forderung Nummer 14 ist überflüssig, weil die Polizei auch aus ihrer Sicht die notwendigen Daten, egal, um welches Kriminalitätsphänomen es geht, bereits jetzt entsprechend speichert und verarbeitet.

Forderung Nummer 15 ist überflüssig. Zum Thema „Berlin“: Die alte Politik der Stadt Berlin, insbesondere in Sachen innerer Sicherheit, taugt nach unserer Überzeugung ganz sicherlich nicht als Vorbild oder Beispiel für andere Bundesländer. Das wäre ganz sicher der falsche Ansatz.

Forderung Nummer 16 ist auch der falsche Ansatz. Warum sind denn die Ausweisungen – Sie haben es gerade dargestellt – so ein großes Problem? Weil die Identität der Leute nicht feststeht. Wenn am Ende, wenn sie abgeschoben werden sollen, müssen, die Identität festgestellt werden muss und ein aufwendiges Passersatzverfahren betrieben wird und man dann auf die Beteiligung und aktive Mitarbeit der Herkunftsländer angewiesen ist, dann ist das das große Problem. Wir fordern im Übrigen auf der Bundesebene, dass die Identität zweifelsfrei bei der Einreise festgestellt wird. Das wäre der richtige Ansatz und nicht erst bei der Abschiebung. Dann hätten wir nämlich die Probleme am Ende gar nicht. Seit 2017 ist das im Übrigen auch ein Thema, bei dem ich bei unseren parteiinternen Debatten dabei bin. Ich war 2018 auf Lesbos und habe mir das Flüchtlingsankunftsager vor Ort angeschaut.

Damit kommen wir zu Ihrer Forderung Nummer 17, zu den Grenzkontrollen. Wenn ich daran denke, wie viel Zeit ich in meiner Jugendzeit an den Grenzen, als wir jedes Jahr mit dem Auto nach Griechenland gefahren sind, um unsere Familie zu besuchen, verbracht habe, kann ich heute nur sagen: Ich möchte nicht in diese Zeit zurück und enorm viel Zeit an den Grenzen verbringen. Die Europäische Union ist eine gute und wichtige Errungenschaft. Mir ist durchaus klar, dass die AfD-Fraktion da einen anderen Standpunkt hat und gerne wieder zu alten Zeiten zurück möchte. Aber sie wird damit Deutschland und auch die Europäische Union nicht nach vorne bringen.

Forderung Nummer 18 würde unsere Polizei in dem Zusammenhang schwächen, wenn sie jetzt noch zusätzliche Aufgaben übernehmen sollte, für die sie eigentlich gar nicht zuständig ist.

Forderung Nummer 19 ist wieder einmal Bundesrecht. Die kann Ihre Bundestagsfraktion in den Bundestag einbringen.

Forderung Nummer 20 ist völlig überflüssig, weil auch heute schon jeder anonyme Hinweise geben kann. Das ist gar kein Problem.

Forderung Nummer 21 ist eine Wiederholung Ihrer eigenen Forderung Nummer 6. Vielleicht auch an der Stelle mit Blick auf die Justiz für Sie zur Kenntnisnahme: allein in der letzten Legislaturperiode 1.500 neue Stellen im Bereich der Justiz, 195 neue

Richterstellen, 121 neue Stellen bei den Staatsanwaltschaften und mehr als 500 neue Stellen im Justizvollzugsdienst.

Auch der Etat des Justizministeriums ist in den letzten Jahren um ca. 1 Milliarde Euro erhöht worden, insbesondere auch im Bereich der Digitalisierung für die Justiz, Stichwort unter anderem Elektronische Strafakte. – Das scheint alles an der AfD-Fraktion vorbeigelaufen zu sein.

Forderung Nummer 22 betrifft ebenfalls wieder vorrangig Bundesrecht.

Gegen die Forderung Nummer 23, die Opferentschädigung zu stärken, hat sicherlich keiner etwas, aber auch das ist bereits ein Dauerthema und nichts, was die AfD in irgendeiner Form für sich entdeckt hat.

Forderung Nummer 24 ist gelebte Praxis in Nordrhein-Westfalen. Das machen wir bereits seit 2017, nämlich in Person unseres Innenministers Herbert Reul. Insofern gibt es bei uns keine Verantwortungslosigkeit, sondern konsequentes Handeln.

Ihre letzte Forderung betrifft ebenfalls wieder Bundesrecht.

Zusammenfassend kann ich für mich nur feststellen: Forderungen Nummer 7, 19, 22 und 25 haben hier nichts zu suchen, weil sie Bundesrecht sind. Die Forderungen Nummer 2, 3, 5 und 9 würden neuen zusätzlichen und teilweise erheblichen Verwaltungsaufwand ohne echten operativen Mehrwert bedeuten. Ihre Forderungen Nummer 6 und 24 werden schon längst umgesetzt. Ihre Forderungen 16, 17 und 18 sind die völlig falschen Ansätze und würden die innere Sicherheit nach unserer Überzeugung nicht stärken. Ihre Forderungen 4, 8, 10 bis 15, 20, 21 und 23 sind komplett überflüssig, weil es gelebtes Alltagsgeschäft ist bei der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen, des Landeskriminalamtes, des Verfassungsschutzes.

Insofern bleibt am Ende inhaltlich von Ihrem Antrag quasi nichts übrig. Wir können den heute in den entsprechenden Ausschuss verweisen, werden ihn im Ausschuss aber ganz sicher ablehnen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Sie haben jetzt die Möglichkeit, auf die Kurzintervention einzugehen; das können Sie aber auch gerne von Ihrem Platz aus machen. Die Kurzintervention ist von dem Abgeordneten Herrn Wagner angemeldet worden.

Markus Wagner^{*)} (AfD): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Katzidis, man wiederholt Dinge häufig dann, wenn Mahnungen ungehört geblieben sind wie beispielsweise vor über vier Jahren, als ich bereits

davor gewarnt habe, dass sich neue Clans aus Syrien, dem Irak und Nigeria bilden und hier Verteilungskämpfe stattfinden. Man wiederholt das, weil Anträge, diese neuen Clans endlich ins Clanlagebild aufzunehmen, ungehört verhallen.

Auf die Punkte, die Sie gerade genannt haben, werde ich im Einzelnen gerne noch einmal im Ausschuss eingehen, weil ich nur anderthalb Minuten Zeit habe, aber so ein paar Kleinigkeiten:

Sie meinen, die Nummern 1 und 3 würden nichts zur Bekämpfung der Clankriminalität beitragen. Unter Punkt 3 fordern wir beispielsweise, die gesonderte statistische Erfassung von Rückführungen krimineller Clanangehöriger zu realisieren, weil der KEEAS-Abschlussbericht sagt, dass Abschiebungen eine deutlich generalpräventive Wirkung bei dieser Gruppe haben.

Wir haben noch nicht einmal Zahlen vorliegen, wie viele Clankriminelle überhaupt abgeschoben worden sind. Ich habe den Innenminister seit 2018 mehrfach gefragt und nie eine Antwort bekommen. In der letzten Innenausschusssitzung hieß es nur, das sei Sache der Kommunen und das müsse dort statistisch erfasst werden, das sei zu aufwendig – bei so einem grundlegenden Punkt, der eine generalpräventive Wirkung hat.

Punkt 7, dass die Jugendämter Kriminelle beobachten sollen. Das ist Unsinn. Lesen Sie sich das mal richtig durch. Es ging darum, dass die Jugendämter zum Kindeswohl dort eingreifen sollen, wo die Eltern clankriminelle Aktivitäten entfalten, und um nichts anderes.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Ihre Zeit, Herr Abgeordneter.

Markus Wagner* (AfD): Ich komme zum Schluss. – Wenn Sie davon reden, dass es bei einigen Dingen um Bundesrecht geht, ist Ihnen offensichtlich entgangen, dass die Landesregierung Möglichkeiten für Bundesratsinitiativen hat, und genau dazu rufen wir auf.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Ich möchte noch mal daran erinnern, dass die Kurzintervention tatsächlich eine kurze Intervention zu sein hat.

(Markus Wagner [AfD]: War ich über die Zeit?)

Sie waren über Ihre Zeit.

(Markus Wagner [AfD]: Entschuldigung!)

Bitte halten Sie sich zukünftig an die Zeitvorgaben. – Herr Abgeordneter Dr. Katzidis, Sie haben jetzt die Möglichkeit, darauf einzugehen.

Dr. Christos Katzidis (CDU): Vielen Dank. – Erstens. Auch wenn wir die Möglichkeit haben, über den Bundesrat Initiativen zum Bundesrecht zu machen, ist es trotzdem eine Bundesangelegenheit und gehört in den Bundestag. Da kann Ihre Fraktion das ja auch entsprechend gerne einbringen.

(Markus Wagner [AfD]: Hat sie!)

Sie müssen ja nicht alle 16 Länderparlamente mit Ihren bundespolitischen Angelegenheiten belasten, um es mal in aller Deutlichkeit zu sagen, nur weil Sie im Bundestag und in 16 Bundesländern immer und immer wieder dieselben Themen kommunizieren wollen.

(Zuruf von Andreas Keith [AfD])

Zweitens. Ich bin bei Ihnen, was die generalpräventive Wirkung von Abschiebungen und konsequentes Handeln in allen Bereichen angeht. Ich habe das eben auch mit einem Satz angesprochen. Es nützt nichts, wenn die Polizei mit einer Nulltoleranzpolitik vorgeht, und alle anderen tun es nicht. Das muss schon einheitlich sein.

Aber was die Abschiebungen angeht, kommen wir doch wieder zu dem, was ich eben gesagt habe. Jetzt schieben Sie irgendjemanden ab, bei dem vielleicht noch nicht einmal die Identität zweifelsfrei festgestellt wird. Dann reist der irgendwann wieder mit einer anderen Identität ein. Mittlerweile ist es ja so: Mit den Erleichterungen auch auf Bundesebene werden die Personalien durch mündliche Angaben erfasst, wenn keine Ausweise vorliegen. Es erfolgt keine Überprüfung. Es erfolgt keine zweifelsfreie Identifizierung. Das heißt, eine Einreise mit anderen Personalien wäre problemlos möglich. Das muss endlich beendet werden.

Bei mir ist leider die Zeit auch zu Ende. Insofern können wir gerne im Ausschuss weiterdiskutieren. – Herzlichen Dank, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion der SPD hat nun der Abgeordnete Herr Bialas das Wort.

Andreas Bialas (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die AfD legt einen Antrag zum Thema „Clankriminalität“ vor. Das ist ein wichtiges Thema, doch die AfD nutzt es fast ausschließlich, um ihr entsprechendes Narrativ des kriminellen Ausländers zu nähren.

(Herbert Reul, Minister des Innern: Ja!)

Es ist das bekannte Narrativ der AfD. Wenn man die Anträge dessen entkleidet, bleibt meist – und so auch

hier – ein monokausaler und unterkomplexer Gedankengang übrig. Wie ich an dieser Stelle schon öfters ausführte: Hier bleiben Sie sich treu, benennen Probleme, die tatsächlich und real sind, und dann kommt kein sinnvoller Beitrag zur Lösung, dafür aber das Schüren von Ressentiments.

Allerdings muss man fair bleiben: Ich habe Ihren Antrag gelesen; es war nicht immer schön und keine Freude. Sie führen zum Schluss 25 Punkte an – der Kollege vor mir ist ja sehr detailliert darauf eingegangen –, von denen wir einige bereits seit Jahren fordern; die können also nicht falsch sein.

Da Sie es aber immer traumwandlerisch schaffen, selbst richtige Punkte in Ihr menschenverachtendes Narrativ einzubauen, ist über Ihren Antrag im Grunde genommen auch schon alles gesagt. Wir sind nämlich überzeugt, dass es weniger ausmacht, woher die Täter kommen, als vielmehr, wo und wie sie tätig sind. Es ist weniger eine Frage von Migration als von krimineller wirtschaftlicher Betätigung.

Das Geschäft der Organisierten Kriminalität in verschiedensten Strukturen ist beileibe und leider auch nichts Neues, ob es Clans sind, Mafia, Triaden, Rocker, Ringvereine, ob sie aus Deutschland kommen, aus Italien, Russland, der Türkei, Vietnam, aus dem Libanon, Syrien oder aus anderen Ländern. Was eher in der Tat überrascht, ist, dass es noch immer nicht gelungen ist, das Thema effektiv anzugehen.

Vielleicht braucht es einen Wechsel der Betrachtung, eine Änderung des Bildes im Kopf. Allzu häufig wird folgendes Bild dargestellt und emotionalisiert: Da lümmelt ein ausländisch aussehender jüngerer Mann am Ferrari vor dem Jobcenter und macht sich über den Sozialstaat lustig. Das ist emotionalisierend und ärgerlich. Ich rege ich mich auch jedes Mal darüber auf.

Oder es sind Bilder von Tumultlagen mit Messern und Macheten in unseren Innenstädten. Das ist beunruhigend. Das sind No-go-Spots in unseren Städten, die es schnellstmöglich in den Griff zu bekommen gilt. Ich erinnere einmal daran, dass die CDU, vorneweg Peter Biesenbach, bis 2017 gar nicht genügend No-go-Areas ausfindig machen konnte, um nach der gewonnenen Wahl die Gegenden auf einmal wieder als problemfrei umzuetikettieren und die bis dato dort eingesetzten Hundertschaften wieder abzuziehen.

Ich habe an dieser Stelle auch schon häufig gesagt: Wir brauchen Polizei sichtbar in unseren Städten.

(Beifall von der SPD)

Was bekommen wir von der Landesregierung? Regelmäßig, meist vor den Ausschusssitzungen, durchgeführte große Razzien, von denen dann in den Sitzungen als Erstes berichtet wird, oftmals, wenn es ansonsten unangenehme Themen geben könnte, mit dabei – gefilmt – der Innenminister, mitunter Abge-

ordnete der regierungstragenden Fraktionen. Man fragt sich, ob das die Abschreckung darstellt.

Nicht nur ich frage mich immer mehr: Wie viel Show ist das, und wie viel ernsthafte Bekämpfung steckt dahinter? Auch jetzt wieder: zeitgerecht zur Debatte heute eine Presseinformation von gestern, im Grunde genommen geschickt, um möglicherweise das Thema bereits im Vorfeld abzuräumen.

Aber dann schreiben Sie dort über einen deutlichen Anstieg der Kriminalität. Ich gebe dem Kollegen Katzidis durchaus recht: Wenn man tätig ist und die Anzahl der Kontrollbereiche erhöht, dann rückt auch mehr stattfindende Kriminalität ins Hellfeld. Das betrifft aber nicht alles. Körperverletzungsdelikte betrifft das in der Regel nicht. Delikte draußen auf der Straße betrifft es nicht. Viele andere Bereiche im Wirtschaftlichen betrifft es auch nicht.

Aber Sie schreiben über den deutlichen Anstieg der Kriminalität. Dann denke ich: Na, da kommt dann auch eine entsprechende Auflistung von Erfolgen. Nach immerhin sechs Jahren Schwerpunktbildung des Innenministers kommen jetzt auch Ergebnisse.

Und dann kommt als Ergebnis – ich zitiere –:

„Im Jahre 2020 sollen sie über 1.400 hochwertige Markenstaubsauger im Wert von circa 600.000 Euro gestohlen [...] haben.“

Da denke ich mir: Wow! – Wenn ich dann noch ein wenig Humor aufzubringen befähigt wäre, würde ich als Wuppertaler hoffen, dass die Staubsauger nicht von Vorwerk waren. Aber der Humor vergeht mir an der Stelle.

(Carsten Löcker [SPD]: Dann waren sie teuer!)

Ich höre nichts von Festnahmen von Bossen, von der Höhe der Vermögensabschöpfung, von Haftstrafen der in der Hierarchie höher Stehenden oder überhaupt von Haftstrafen, von Rückführungen Krimineller, wenn es sich nicht um Deutsche handelt. Ich höre auch nichts von Opferhilfen bereits Geschädigter, meist Frauen. Ich höre nichts von wesentlichen Ergebnissen.

Sichergestellter Tabak. Ja, gut. Und sonst? Dann frage ich: Ist da noch mehr? Ja, 1.400 Staubsauger. Kommt da noch mehr?

Nach sechs Jahren Schwerpunkt des Innenministers wird es immer lauter und brutaler auf unseren Straßen und scheinbar immer ruhiger in den Hinterzimmern der Verbrecher.

Was Sie auch sagen, ist: Ja, man braucht da einen langen Atem. – Ja, es kann sein, dass das nicht falsch ist. Aber vielleicht braucht es auch ein Überdenken der Strategien. Vielleicht ist das ja wie beim DFB. Da hoffen wir auch auf einen langen, guten Weg – den Marathon, wie Sie ihn dargestellt haben. Den bin ich übrigens auch gelaufen. Das ist

anstrengend. Aber ich wusste: Irgendwann kommt das Ziel. Es war klar: Da ist das Ziel. Es war auch klar: Ich muss entsprechend laufen. Ich hatte also meine Strategie auch klar.

Sie, Herr Innenminister, können nicht wissen, ob Ihr Weg zum Ziel führt. Oder, um im Bild des DFB zu bleiben: Vielleicht braucht es eine andere Taktik. Vielleicht braucht es eine eingespielte Abwehr und einen Stoßstürmer und kein einfaches Weiter-so.

Es geht um Milliardenengeschäfte: Menschenhandel, Drogenhandel, Geldwäsche, Schutzgelderpressung, Zwangsprostitution, Glücksspiel – also das, was wir auch aus alten Tagen kennen –, aber vor allen Dingen auch wirtschaftliche Betätigung in vielen weiteren Branchen, in denen die Täter unterwegs sind. Und Sie benennen 1.400 Staubsauger!

Das meine ich auch mit dem Bild, das ich am Anfang angesprochen habe. Wir haben es mit intelligenten und fachlich hoch versierten Tätern zu tun oder mit Tätern, die dieses Personal bezahlen und für sich arbeiten lassen können.

Denken wir eher an gut gekleidete Firmenlenker und betrachten deren Geschäfte. Fragen wir auch, was ihnen wehtun könnte, nämlich, wenn es ihnen an das Geld geht – dann müssen wir ihnen auch an das Geld gehen – und wenn ihre Geschäfte gestört werden, insbesondere im Immobiliengewerbe und in nahezu allen Wirtschaftsfeldern. Wo und wie verlaufen die Finanzströme? In welchen Feldern wird das Geld gewaschen? Wo wird investiert und das Imperium aufgebaut?

Das organisierte Verbrechen ist längst globalisiert und in globalen Geschäften zu Hause, und man lässt sich dort nieder, wo man am unbeschadetsten wirtschaften kann.

Sie reden von Systemen wie „Follow the Money“. Wo sind die Ergebnisse?

Um dem nachzugehen, braucht es Polizeikräfte und insbesondere zahlreiche Fachleute – Wirtschaftsprüfer, Steuerberater etc. – im Dienste der Strafaufklärung. Eine Anpassung der Polizei an die Organisierte Kriminalität im digitalen Zeitalter muss auch zu einer geänderten Personalpolitik führen. Sie brauchen nicht 3.000, die als Grundvoraussetzung laufen und schwimmen können, sondern Sie brauchen dringend Fachexpertise in zahlreichen nichtpolizeilichen Feldern.

Sie reden von Vernetzungen. Wo sind die Ergebnisse?

Was es braucht, sind Schwerpunktstaatsanwaltschaften. Das ist ein guter Vorschlag; den haben Sie häufig gebracht. Ja, aber wo und wie arbeiten die denn nach sechs Jahren Schwerpunktbildung? Wo sind die Ergebnisse?

Was es braucht, sind effektive Vermögensabschöpfungen, eine Umkehr der Beweislast, eine Deckelung der Barzahlungsmöglichkeiten. Der Kampf muss auch und vor allem auf dem Feld der Wirtschaft geführt werden.

Ich darf Nino Di Matteo, italienischer Richter und Staatsanwalt, zitieren. Er sagt:

„Wenn wir das nicht verstehen, können wir weiterhin Dutzende, Hunderte Mafiosi, Erpresser, Drogenhändler verhaften, und doch würden wir die Mafia nie besiegen. Die Mafia ist ein für alle Mal besiegt, wenn wir der Organisation die Möglichkeit nehmen, sich mit der Politik, mit der Unternehmerwelt und mit der Wirtschaft zu verflechten.“

Wir wollen nicht nur die Handlager, nicht nur die Schläger auf der Straße – die natürlich auch –, sondern wir wollen die Bosse. Wir wollen nicht 1.400 Staubsauger und un versteuerten Tabak. Wir wollen die Milliarden.

Wenn es sich um ausländische Täter handelt und die Voraussetzungen erfüllt sind, dann schieben Sie doch ab. Tun Sie es. Ich habe oftmals den Eindruck, dass wir nur diejenigen abschieben, bei denen es schön einfach ist – und übrigens dann auch meistens die Falschen trifft.

Besonders wichtig ist mir aber noch folgender Punkt: Wir wollen effektiven Opferschutz und Opferhilfe, Konzepte, wie wir Opfern im Handlungsfeld der Organisierten Kriminalität helfen und sie da raus holen oder schützen können, gerne auch Aussteigerprogramme. Aber zum überwiegenden Teil ist der Weg in die Kriminalität ein bewusster und gewollter. Ja, es gibt Rahmenfaktoren; die können mal besser sein, und die können auch verheerend sein. Aber es gibt doch überwiegend noch so etwas wie einen freien Willen. Ich muss normalerweise nicht kriminell werden. Ich kann mich anders entscheiden.

Diese Entscheidungshoheit haben Opfer oftmals nicht. Daher sollten sie weitaus mehr in den Fokus gerückt werden. Oder um es an einem Beispiel sehr deutlich zu sagen: Ob ich Schutzgelderpresser werde, dafür kann ich mich möglicherweise noch entscheiden. Wenn ich erpresst werde, habe ich mir das nicht ausgesucht und brauche staatliche Hilfe.

Was erleben wir aber? Was wir erleben, sind Debatten über Begrifflichkeiten, Debatten über Verständnis für Täter*innen, Ausblenden von Opferleid, Ausblenden der Verknüpfung mit der Wirtschaft. Wir erleben Herrn Innenminister in seiner bekannten Reul'schen Trias: erstens überrascht sein, dass es so was gibt; er habe es noch nie gehört, aber nun habe man es ihm erklärt. Zweitens erleben wir das Beschreiben von Phänomen und Erzählen einer – das muss ich zugeben – meist guten Geschichte mit – auch das

sage ich ganz neidvoll – sehr guten Bildern. Drittens erfolgt die Ankündigung von Maßnahmen.

Und dann 1.400 Staubsauger! Das kann es nicht gewesen sein. Vielleicht braucht es nicht die Strategie der kleinen Nadelstiche, sondern eine Strategie der größeren Kanonen. Ansonsten ist das Gerede von null Toleranz nur Gerede.

Die Zahlen explodieren, nicht nur bei der Clankriminalität. Körperverletzungsdelikte gehen durch die Decke, Angriffe auf Rettungs- und Einsatzkräfte, häusliche Gewalt. So hohe Zahlen gab es in Nordrhein-Westfalen noch nie. Ich gewinne mehr und mehr den Eindruck: Die Sicherheit in NRW ist bei Schwarz-Grün nicht in guten Händen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Herr Kollege Bialas, auch auf Sie ist eine Kurzintervention angemeldet, und zwar von dem Abgeordneten Herrn Wagner. Selbstverständlich können Sie auf diese Kurzintervention von Ihrem Platz aus eingehen. – Ich schalte nun Ihr Mikrofon frei.

Markus Wagner^{*)} (AfD): Kollege Bialas, Sie haben gerade eben wieder das Märchen vom ausländerfeindlichen Narrativ des AfD-Antrages verbreitet. Es geht hier um Clankriminalität. Und bei Clans handelt es sich um ethnisch in sich abgeschottete kriminelle Familienstrukturen mit Migrationshintergrund. Ja, worüber sollen wir denn sonst sprechen?

(Zuruf von Hendrik Schmitz [CDU])

In der letzten Plenarwoche hat die SPD einen Antrag gestellt, in dem sie ausländische Kriminelle namentlich – also von ihrer Herkunft her – benannt hat. Das hat auch etwas mit Migration zu tun. Darauf habe ich Sie auch in meiner Rede damals hingewiesen.

(Andreas Bialas [SPD]: Ja, richtig!)

Bedient die SPD jetzt ausländerfeindliche Narrative? Dann willkommen im Klub, Herr Bialas.

Sie sprechen von No-go-Spots in unseren Städten. Ja, richtig. Das Schlimme ist nur, dass es immer schlimmer wird. Oder hat die Stadt Essen solche Auseinandersetzungen wie kürzlich mit 200 Syrern gegen 300 Libanesen schon einmal erlebt?

(Zuruf von den GRÜNEN)

Diese Auseinandersetzungen wurden ja nicht durch die Polizei im eigentlichen Sinne beendet; sie wurden durch einen islamischen Friedensrichter beendet. Wie weit sind wir in diesem Land denn schon gekommen? Das müssen Sie mir einmal sagen.

Sie haben zu Recht angeführt, dass Sie nichts von Vermögensabschöpfung, Abschiebung etc. gehört haben, von Herrn Katzidis zum Beispiel. Richtig. Wir

haben auch seit Jahren nichts davon gehört. Genau deswegen haben wir diesen Antrag gestellt.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Kollege Bialas, Sie haben das Wort.

Andreas Bialas^{*)} (SPD): Danke schön. – Dass ich bei der literarischen Einordnung der Märchen – oder wie Sie es nannten – eine andere Begrifflichkeit, also auch Einordnung, sehen würde, dürfte klar sein.

Das Zweite ist: Ich bin sehr wohl für Klartext, aber auch innerhalb einer differenzierten Debatte. Und so führen wir sie nach unseren Gepflogenheiten. – Vielen Dank.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Fraktion der Grünen spricht nun die Abgeordnete Dr. Höller.

Dr. Julia Höller (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Es ist total klar: Wenn in unserem Rechtsstaat Straftaten begangen werden und wenn Menschen hier unseren Rechtsstaat untergraben, kriminelle Vereinigungen bilden und Straftaten begehen, ist das nicht hinnehmbar. Dann muss das ermittelt werden, und dann muss das bestraft werden. Das ist unsere staatliche Aufgabe, und das ist unser Rechtsstaat.

Unsere Aufgabe als Demokratinnen und Demokraten ist es aber auch, dies zu tun, also zu ermitteln und entsprechende Strafen zu verhängen – aber ohne diejenigen zu stigmatisieren, die eben nicht kriminell sind.

(Beifall von den GRÜNEN)

Deshalb kommt es auch darauf an, wie wir über diese Form der Organisierten Kriminalität sprechen, nämlich ohne einen Nährboden für Stigmatisierung zu bieten.

Dieser Antrag der AfD ist eine einzige Stigmatisierung. Er ist voller Hass, voller Rassismus und voller menschenverachtendem Gedankengut. Mehr muss man zu diesem Antrag weder sagen noch wissen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion der FDP spricht nun der Kollege Marc Lürbke.

Marc Lürbke (FDP): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die

Herausforderung ist klar: Wir müssen der Clankriminalität rechtsstaatlich begegnen. Das hat das Lagebild jetzt auch noch einmal deutlich vor Augen geführt; das haben uns die Auseinandersetzungen in Essen und Castrop-Rauxel vor Augen geführt. Die Hausaufgaben sind groß; die Aufgaben sind groß. Es gilt, sie anzugehen, und es gilt vor allen Dingen, sie mit effektiven Lösungen anzugehen. Da habe ich, meine Damen und Herren von der AfD, bei Ihrem Antrag dann auch berechnete Zweifel.

Ich habe aber auch berechnete Zweifel beim Vorgehen der schwarz-grünen Landesregierung. Denn ich glaube schon, dass man sich aktuell hier in dieser Koalition sehr stark lähmt. Das fängt bei den Streitigkeiten über Begriffsdefinitionen an. Heißt das jetzt „Clankriminalität“, oder nennt man es anders? Brauche ich Stuhlkreise, um das zu ermitteln? Ist es nicht viel wichtiger, den Verfolgungsdruck tatsächlich hoch zu halten und auch das Signal an unsere Behörden zu senden, den Druck auch hier hoch zu halten?

Man muss sich auch nur das Lagebild anschauen. Herr Minister, ich finde das schon bezeichnend. Deutlicher konnte dieser Konflikt in der Koalition ja gar nicht werden. Verzeihen Sie mir das Augenzwinkern dabei. Aber Sie haben das eingeführt, wie ich aus der Vergangenheit weiß. Ich erinnere mich daran, dass wir uns gemeinsam entschieden haben, das Lagebild zu erstellen. Es war bundesweit erstmalig, dass wir ein polizeiliches Lagebild über die Clankriminalität hatten. Sie haben immer mit Stolz verkündet, dass Nordrhein-Westfalen das auch macht.

Und dann sehe ich, dass es gestern gar keine Pressekonzferenz gab, sondern Sie das Lagebild per Post bzw. per E-Mail herauschicken. Das ist ja schon ein Unterschied in der Vorgehensweise. Meines Erachtens ist das schon ein bisschen damit begründet, dass die Grünen vielleicht ein Problem haben, dass auf dem Deckblatt immer noch „Clankriminalität“ steht und nicht der Begriff, der vielleicht grüne Wunschvorstellung ist.

Wichtig ist aber, dass Sie umsetzen, was auch jetzt zu tun ist. Es sind so viele Punkte: Vermögensabschöpfung, „Follow the Money“ ...

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Herr Lürbke, es liegt eine Zwischenfrage vor.

Marc Lürbke (FDP): Ja, unbedingt. Sehr gerne.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Wunderbar.

Marc Lürbke (FDP): Von wem denn überhaupt?

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Sie kommt von Herrn Mostofizadeh.

Marc Lürbke (FDP): Prima.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Kollege Mostofizadeh, Sie haben das Wort.

Mehrdad Mostofizadeh^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Herr Kollege Lürbke, vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen.

Da Sie sich so abfällig über die Begriffsdefinition äußern, frage ich Sie Folgendes. Sie hatten vorgestern, glaube ich, den Bundesjustizminister zu Gast. Er wird mit den folgenden Worten zitiert:

„Es darf nicht so sein, dass ein unbescholtener Mensch sanktioniert wird, nur weil ein Verwandter möglicherweise eine Straftat begangen hat.“

Im weiteren Verlauf hat er es Ihnen gegenüber auch noch mal abgegrenzt, nämlich, dass wir am Ende letztlich über Organisierte Kriminalität sprechen und man aktiv Mitglied einer bestimmten Gruppe sein muss und nicht aufgrund seines Verwandtschaftsgrades belangt werden darf.

Das ist genau die Frage, die wir aufgeworfen haben. Sind Sie mit Herrn Buschmann einer Meinung, oder haben Sie eine eigene Definition?

Marc Lürbke (FDP): Erst mal herzlichen Dank für die Frage, Herr Kollege.

Da passt zwischen Herrn Buschmann, unseren Bundesjustizminister, und unsere FDP-Landtagsfraktion und mich kein Blatt Papier. Wir sind uns in dieser Frage sehr einig.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Wenn Sie aber weitergelesen hätten, wie sich unser Bundesjustizminister geäußert hat, hätten Sie festgestellt, dass er sehr wohl sagt, dass die fortwährenden Diskussionen darüber widersinnig sind und den Verfolgungsdruck am Ende lähmen.

Ich habe sehr wohl mit ihm darüber diskutiert, und wir sind da einer Meinung. Wir brauchen aber nicht unendlich viele Stuhlkreise dazu. Vielmehr hat Ihr eigener grüner Justizminister hier im Land die Diskussion über diese Frage schon aufgegeben.

Ob es am Ende Clankriminalität, Organisierte Kriminalität, Familienstrukturen oder wie auch immer Sie es nennen wollen heißt, ist doch gar nicht der Punkt. Wichtig ist, dass das Phänomen konsequent in den Blick genommen wird und nicht durch eine solche Debatte irgendwie ausgeblendet wird. Da bin ich völlig der Meinung unseres Bundesjustizministers.

(Beifall von Franziska Müller-Rech [FDP] und
Andreas Bialas [SPD])

Was noch viel wichtiger als die Begrifflichkeit ist, ist, dass das Lagebild ausgeweitet wird, Herr Kollege Mostofizadeh. Da nehme ich ganz unterschiedliche Äußerungen etwa Ihrer grünen Landesvorsitzenden wahr. Sie sagt, wir bräuchten ein solches Lagebild eigentlich nicht mehr. Deswegen bin ich froh, dass sich der Minister gegenüber dem grünen Koalitionspartner durchsetzt und das Lagebild fortschreibt.

Wichtiger wäre es, es auch zu erweitern, Herr Minister. Im Innenausschuss haben wir darüber diskutiert. Wir haben die Frage, inwieweit wir das Phänomen syrischer Familienstrukturen aufnehmen und in den Blick nehmen müssen. Aus meiner Sicht ist es sehr wichtig, dass wir nicht allein über eine Fortschreibung diskutieren, sondern auch über eine Erweiterung dieses Lagebilds.

Eben wollte ich aber ausführen, welche Maßnahme meiner Meinung nach besonders wichtig ist, nämlich die Vermögensabschöpfung. Da müssen wir in Nordrhein-Westfalen einfach besser werden. Wenn man sich die nackten Zahlen anschaut ...

(Beifall von Andreas Bialas [SPD])

Eigentlich war ich schon letztes Jahr schockiert. Es ist gelungen, Vermögen in Höhe von rund 10,5 Millionen Euro in wenigen Verfahren abzuschöpfen. Schauen Sie jetzt ins Lagebild, sehe ich, dass es 2,5 Millionen Euro in 24 Verfahren sind. Das kann nicht unser Anspruch sein, wenn wir wissen, was an kriminellen Machenschaften passiert und welche Werte da umgesetzt werden. Wir müssen da einfach besser werden. Deswegen reichen solche Plattitüden nicht.

Es ist richtig, die Taskforce, die die Finanzströme verfolgt, einzusetzen. Es ist richtig, dass der Ansatz „Follow the Money“ ausgebaut wird. Aber er muss dann auch mit Ressourcen hinterlegt werden.

Ich lese einerseits, dass uns in Nordrhein-Westfalen 120 Staatsanwälte fehlen. Da ist klar, warum so etwas nicht funktionieren kann.

Herr Minister, andererseits fehlen uns immer noch die Polizeibeamten. Ich höre immer, dass Sie 3.000 neue Kommissaranwärter einstellen. Ob die alle kommen, steht ja noch in den Sternen. Das sind Stellen. Ob die besetzt werden? – Sie nicken. Na ja. Ich nehme Sie da beim Wort. Schauen wir mal!

(Herbert Reul, Minister des Innern: Werden wir ja mal sehen!)

Die Wahrheit ist, dass in den besonders von Clankriminalität betroffenen Kreispolizeibehörden das Personal ziemlich oft auf der letzten Rille fährt. Das gilt sowohl für die Schutzpolizei als auch insbesondere für die Kriminalpolizei, die kaum hinterherkommt. Das wissen auch Sie. Es ist wirklich erforderlich, da

zu unterstützen, zu stärken und das vor allen Dingen zeitnah zu tun.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Es liegt eine Zwischenfrage vor. Möchten Sie die Zwischenfrage der Kollegin Frau Wenzel zulassen?

Marc Lürbke (FDP): Klar.

Jule Wenzel^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Lürbke, vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen.

Ich habe Ihnen im letzten Plenum schon eine ähnliche Frage gestellt. Damals haben Sie mir gesagt: Gehen Sie mal nach Duisburg. – Ich möchte Sie im Vorhinein informieren, dass ich aus Duisburg komme und meine Frage vor dem Hintergrund stelle, dass sie im Gespräch mit Menschen dort immer wieder aufkommt. Sie lautet: Werde ich in Sippenhaft genommen?

Der Kollege Mostofizadeh hat Ihnen gerade die Frage gestellt, ob Sie mit Herrn Buschmann übereinstimmen.

Ich möchte Ihnen jetzt bewusst die Frage stellen, ob Sie den namensbasierten Ansatz, einen Menschen nur aufgrund eines Nachnamens und einer Staatsangehörigkeit einer Gruppe zuzuordnen, gerecht finden. Ich würde mich freuen, wenn Sie darauf genau eingehen würden.

Marc Lürbke (FDP): Herzlich willkommen in der Debatte. Schön, dass Sie sich zu Wort melden, und vielen Dank für die Frage.

Sehr wohl. Wir müssen doch der Clankriminalität Herr werden, Frau Kollegin. Ich glaube, auch in Duisburg und in Essen gibt es genügend Leute, die sehr wohl sehr froh darüber sind, wenn der Rechtsstaat da genau hinschaut.

Es geht hier ja darum, dass wir Kriminalität haben, die in Familienverbänden stattfindet. Es ist aber nicht nur die Familie die Klammer. Vielmehr sind es einfach Menschen, die sich zusammengefunden haben und in diesen Verbänden Straftaten begehen.

Natürlich ist die Familie dabei ganz häufig die Klammer. Deswegen haben wir es damals so entschieden. Zu dieser Entscheidung, dass das der Ansatz ist, wie das Lagebild erhoben werden muss, stehe ich weiterhin. Man braucht einen Ansatz, um wirklich hinzuschauen.

Was Sie jahrelang gemacht haben, ist, es auszublenden und erst gar nicht hinzuschauen, weil Sie Sorge hatten, irgendjemanden zu stigmatisieren.

(Beifall von der FDP)

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Menschen in unserem Land genau das nicht erwarten. Vielmehr erwarten sie, dass wir Lösungen für das Problem haben. Ich ergänze das, indem ich den Minister auffordere, das fortzuschreiben. Wir haben diesen Namensansatz gewählt, müssen jetzt aber auch schauen, wie man das Lagebild erweitern kann.

Nun zum Antrag der AfD: Es ist vom Kollegen Dr. Katzidis schon in epischer Länge ausgeführt worden. Das werde ich ganz sicher nicht machen. Ich greife nur einen Punkt heraus. Er sticht einem sofort ins Auge, wenn man Ihren Antrag liest.

Sie wollen jetzt den Verfassungsschutz für die Beobachtung von Clankriminalität gewinnen. Ich kann Ihnen nur sagen, dass das bei mir auf ganz große rechtsstaatliche Vorbehalte stößt. Es gibt nicht ohne Grund ein Trennungsgebot. Es ist aus guten, aus der deutschen Geschichte hervorgehenden Gründen so verankert, weil wir eben keine Geheimpolizei und auch keine Vermischung von Geheimdienst und Polizei wollen. Ich weiß, dass Sie es mit der deutschen Geschichte vielleicht nicht ganz so haben. Ich kann Ihnen aber sagen, dass es das mit uns nicht geben wird. Es gibt viele gute Gründe, warum man das sauber trennen sollte.

Außerdem denke ich, dass der Verfassungsschutz aktuell auch überhaupt nicht in der Lage ist, das bei den vielen Aufgaben, die er schon hat, zusätzlich überhaupt zu machen.

Wir reden hier über Kriminelle. Clankriminalität ... Ich sage es andersherum: Der Verfassungsschutz beschäftigt sich mit Menschen, die das System abschaffen wollen. Das sollten Sie wissen. Die Clankriminellen wollen das System aber gar nicht abschaffen. Sie wollen das System ausnutzen. Das ist ein ganz anderer Ansatz. Ich warne davor, beides in einen Topf zu schmeißen. Rechtsstaatlich ist das ganz sicher nicht geboten.

So zieht sich das leider wie ein brauner Faden durch Ihren Antrag. Wir werden natürlich der Überweisung zustimmen, da es eine Gepflogenheit ist. Aber rechnen Sie nicht mit einer Zustimmung zu Ihrem Antrag. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP, Andreas Bialas [SPD] und Elisabeth Müller-Witt [SPD])

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Es liegen zwei Kurzinterventionen vor. Die erste Kurzintervention wurde von dem Abgeordnetenkollegen Herrn Mostofizadeh angemeldet. Herr Kollege Lürbke, auf diese können Sie selbstverständlich von Ihrem Platz aus eingehen.

Mehrdad Mostofizadeh^{*)} (GRÜNE): Vielen Dank. – Ich möchte zwei Bemerkungen machen. Erstens. Ich komme aus Essen. Zweitens. Herr Kollege Lürbke,

Sie haben es offensichtlich nicht verstehen wollen bzw. an zwei Punkten herumgeschwurbelt.

Herr Buschmann hat sich dezidiert von Ihrer Form der Interpretation abgewendet und sehr eindeutig gesagt, dass es nicht um den Familienbezug geht. Das ist auch deshalb von besonderer Bedeutung, weil das Analyseinstrument in diesem Fall ein völlig anderes ist. Man durchleuchtet dann nicht Familienstrukturen, sondern Strukturen der Organisierten Kriminalität.

Wenn Sie in Ihrem Beitrag wieder allein auf die Herkunft oder die Familienzugehörigkeit rekurrieren, dann sind Sie schlichtweg einem rassistischen Analysemuster aufgesessen, das wir ablehnen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Wenn Sie Essen in den Fokus nehmen, dann sei Ihnen gesagt: Wir tun alles, um Essen sicher zu machen, und zwar für alle Menschen. Essen ist dann sicher, wenn die Menschen sich wohlfühlen und wenn sie nicht gegeneinander ausgespielt werden, was Sie immer wieder tun.

Der allerwichtigste Punkt ist, dass Sie eine Erzählung weitertragen, die ich wirklich – ich sage es einmal vorsichtig – für grenzwertig halte. Sie sollten sich an Herrn Buschmann ein gutes Beispiel nehmen und ganz sachlich darüber reden, sich im Zweifel auch von der Bundesinnenministerin mit ihren fragwürdigen Vorstößen absetzen und die Kriminalitätsbekämpfung sachlich vorbereiten. Dann sind wir wieder in einem Boot. Dann sehe ich auch überhaupt keine Differenz zu unserem Landesinnenminister. Das können wir sehr gerne fortführen. Aber rassistische Angriffe und rassistische Analyseinstrumente sind nicht unsere.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Herr Kollege Lürbke, Sie haben das Wort.

Marc Lürbke (FDP): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Kollege, ich habe dazu schon sehr umfassend ausgeführt. An Ihren Worten lässt sich in Bezug auf dieses Problem die jahrelange Untätigkeit unter rot-grüner Regierungsverantwortung in Nordrhein-Westfalen erkennen. Das können Sie nicht leugnen, wenn Sie ehrlich sind.

Sie sagen, dass Sie in Essen für Sicherheit sorgen würden. Das finde ich bemerkenswert. Ich habe da einen etwas anderen Eindruck.

Ich lasse mich ganz sicher nicht in Abgrenzung zu unserem Bundesjustizminister bringen. Das habe ich sehr wohl dargestellt, und wir sind diesbezüglich einer Meinung.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Die zweite Kurzintervention – zwei Kurzintervention sind übrigens erlaubt und möglich – kommt von Herrn Wagner.

Markus Wagner³⁾ (AfD): Vielen Dank. – Herr Lürbke, Sie haben zwei Dinge genannt, nämlich die Erweiterung des Lagebildes und die Vermögensabschöpfung. Beides ist in unserem Antrag enthalten – erstens die Erweiterung des Lagebildes um süditalienische, türkische, kurdische, palästinensische, irakische, albanische, tschetschenische Clans usw. usf. Da müssen wir unbedingt dran. Das sehe ich genauso.

Zweitens gehen wir in Bezug auf die Vermögensabschöpfung unter Punkt 23 sogar noch ein bisschen weiter. Wir fordern dort nämlich „die Einführung von gesetzlichen Regelungen, durch welche aus Vermögensabschöpfung stammende Mittel zur Finanzierung der Strafverfolgung und für die Opferentschädigung verwendet werden können.“ Es würde mich freuen, wenn Sie sich dem anschließen könnten.

Sie haben unsere Forderung kritisiert, den Verfassungsschutz einzuschalten. Ich möchte das noch einmal präzisieren, damit auch jeder weiß, worum es geht, nämlich um „eine Sammlung von Informationen über Strukturen und Tätigkeiten krimineller Clansfamilien nicht nur durch Polizeibehörden, sondern auch durch die Verfassungsschutzämter des Bundes und der Länder, sofern durch Clans grundlegende Prinzipien von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit abgelehnt werden oder sich Verbindungen zum islamistischen Terrorismus aufzeigen.“ Was Letzteres angeht, hat die Presse schon berichtet, dass diese Verbindungen vorhanden sind. Deswegen ist der Verfassungsschutz unseres Erachtens hier unbedingt einzuschalten.

(Beifall von der AfD – Zuruf von Tim Achtermeyer [GRÜNE])

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Kollege Lürbke, bitte.

Marc Lürbke (FDP): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Vielen Dank, Herr Kollege. Das ist Ihre Auffassung, die wir zur Kenntnis nehmen. Ich habe Ihnen meine dargestellt, dass ich nämlich fest davon überzeugt bin: Wir haben ein Trennungsgebot und sollten in unserem Rechtsstaat sehr sorgsam damit umgehen, wie wir die Arbeit von Nachrichtendiensten und der Polizei miteinander in Verbindung bringen. Ich habe da eine eher ablehnende Haltung. – Danke.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt noch eine

weitere Wortmeldung. Für die Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN hat nun die Kollegin Dr. Höller das Wort.

(Dr. Julia Höller [GRÜNE] begibt sich zum Re-depult. – Andreas Bialas [SPD]: Die Landesregierung!)

– Durch die zahlreichen Zwischenfragen bzw. Kurzinterventionen und eine kurzfristige Wortmeldung sind wir kurz durcheinandergelassen. Ich entschuldige mich dafür. Natürlich hat jetzt für die Landesregierung der Innenminister, Herr Reul, das Wort.

Herbert Reul, Minister des Innern: Herzlichen Dank. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Meine vorbereitete Rede habe ich jetzt liegen lassen. Ich möchte auf einige Sachverhalte eingehen.

Erstens. Wenn über Clans geredet wird, sprechen die einen immer nur von Organisierter Kriminalität. Nehmen Sie einfach einmal zur Kenntnis: Clans üben Organisierte Kriminalität und Allgemeinkriminalität auf der Straße aus. Deshalb ist es nicht so einfach, das zu sortieren.

Zweitens. Nehmen Sie bitte auch zur Kenntnis, dass in unserer schwarz-grünen Koalition die Unterschiede bei dieser Frage sehr überschaubar sind. Herr Lürbke, Sie haben eben zu Recht zitiert, was der Justizminister in der Presse erklärt hat. Sie haben gesagt, es sei schön, dass es das Clanlagebild wieder gibt. Sie müssen mich gar nicht auffordern, dass ich bei dieser Linie bleibe. Es hat sich gar nichts geändert.

Drittens. Es ist ja objektiv in der Tat ein Problem. Wenn man mit einem namensbasierten Ansatz arbeitet, dann besteht die Gefahr, dass man Menschen stigmatisiert. Das habe ich nie bestritten. Das ist so.

(Beifall von den GRÜNEN)

Man muss sich nur irgendwann entscheiden. Kommt man weiter, wenn man keinen Namen nimmt, weil man nicht stigmatisieren will? Oder sagt man: „Ich überlege, ob ich es in den Griff bekommen kann, indem ich trotzdem namensbasiert vorgehe“? Ich habe mich für Letzteres entschieden, weil es wirkungsvoll ist. Wenn du das Problem nämlich nicht benennst, kannst du gar nicht anfangen, zu arbeiten. Du musst erst mal den Namen nehmen.

(Beifall von Gregor Golland [CDU])

Außerdem sind die Familiennamen nie öffentlich genannt worden. Ich glaube, davon haben die Leute ein komisches Verständnis. Das gibt es überhaupt nicht. Das ist vielmehr eine Arbeitsweise im Haus, aber nicht öffentlich.

Noch eine Vorbemerkung: Nicht erfolgreich. Herr Bialas, wissen Sie, ich habe am Wochenende wieder – oder gestern war es – eine Stellungnahme von Ihrer

Fraktion gelesen. Wenn man nicht mal ein Lagebild hinkriegt und Jahrzehnte nichts macht, dann ist es schlecht, wenn man sagt, wir würden zu wenig machen –

(Gregor Golland [CDU]: Nix gemacht! Die Sozialdemokraten haben jahrzehntelang nichts gemacht!)

um es mal liebevoll zu sagen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Andreas Bilal [SPD]: Das ist auch ein Teil der Legendenbildung!)

Zu Herrn Wagner, der Fraktion der AfD und dieser ganzen Nummer: weggucken, wegducken, vertuschen. – Wenn man ein Lagebild macht und sich darum kümmert, duckt man sich nicht weg und vertuscht nichts. Sie können von mir aus sagen, wir machten nicht genug, oder die oder jene Maßnahme fehle. Aber diese Grundsatzkritik, die Sie immer brauchen, um die – wie Sie sagen – Altparteien zu verunglimpfen, die ist einfach langweilig, wiederholt sich und ist auch voll neben der Wirklichkeit.

Das Reduzieren der Methodik auf Nadelstiche ist auch falsch. Wer hat denn jemals behauptet, dass wir nur diese Razzien machten? Wir führen erstens Razzien durch und leisten zweitens Ermittlungsarbeit im Kommissariat – übrigens gemeinsam mit Justiz- und Finanzminister. Deshalb ist es ja so wirkungsvoll, darauf werde ich gleich noch hinweisen.

Drittens. Die Aussteigerprogramme sind auch richtig, auch wenn es nur 39 junge Leute sind. 39 sind mehr als nichts, und wer nicht anfängt, der kriegt gar nichts bewegt. Wir fangen also an. Wir haben nie behauptet, dass wir das Problem in kurzer Zeit bewältigen. Aber wir sind, glaube ich, weiter als 2017, darauf komme ich gleich noch.

Vizepräsident Christof Rasche: Herr Minister.

Herbert Reul, Minister des Innern: Eine Zwischenfrage?

Vizepräsident Christof Rasche: Es liegt eine vor, von Herrn Wagner.

Herbert Reul, Minister des Innern: Ja, das können wir machen. Ich hoffe, ich verliere nicht den Faden und Sie passen auf meine Zeit auf.

Vizepräsident Christof Rasche: Wir trauen hier allen nur Gutes zu. – Bitte sehr.

Markus Wagner* (AfD): Vielen Dank, Herr Minister. – Ich habe in meiner Rede tatsächlich unter anderem

von Wegschauern gesprochen, weil die Anfänge der Clankriminalität in den Achtzigern genau dadurch entstanden sind. Meine Frage an Sie ist: Würden Sie es als etwas anderes als Wegschauern bezeichnen, wenn auf meine Warnungen – ich meine, es war im Jahr 2018 – vor der Entstehung neuer syrischer, irakischer und nigerianischer Clans hin nichts passiert und selbst auf meinen Antrag 2021 hin das Lagebild nicht entsprechend ausgeweitet wird?

Herbert Reul, Minister des Innern: Herr Wagner, es ist relativ einfach. Nicht jeder Vorschlag, der von irgendeinem Menschen kommt und nicht befolgt wird, ist ein Wegducken. Es kann auch sein, dass man zur Entscheidung kommt, dass er nix hergibt. Das könnte auch sein. Zu dem Zeitpunkt gab er nichts her, und bis jetzt – dazu komme ich gleich noch einmal – sind wir in dieser Frage auch nicht viel weiter, weil die Nummer nicht so einfach ist, wie Sie das immer zu erklären versuchen.

Zur Ankündigung von Maßnahmen, wir wären nicht erfolgreich, hätten nichts hingekriegt und zu ähnlichen Sprüche muss ich vielleicht noch etwas sagen. Erstens. Es gab 2.500 Kontrollaktionen, 7.300 kontrollierte Objekte, 11.500 Straf- und Ordnungswidrigkeitenanzeigen, 17.000 Verwarngelder, 1.000 freiheitsentziehende Maßnahmen, 4.500 Sicherstellungen und Beschlagnahmungen.

Zweitens. Wir haben insgesamt – so viel zur Vermögensabschöpfung – mittlerweile 21,7 Millionen Euro an Vermögen beschlagnahmt. Das ist zu wenig. Da bin ich bei Ihnen. Aber es ist auch nicht gar nichts und auf jeden Fall mehr als vor 2017. Da waren es nämlich 0 Euro. Zwischen 0 und 21,7 Millionen liegen 21,7 Millionen, die wir zusätzlich gemacht haben.

Apropos Erfolge: Wenn es 179 Tumultlagen im Jahr 2018 und 37 im letzten Jahr gab, dann müssen Sie keine Mathematik studieren, um zu erkennen: Es sind weniger geworden. Entschuldigen Sie mal bitte – „nichts getan“ ist das nicht. Sie können sagen, wir hätten das Falsche oder nicht genug getan. Darüber können wir reden. Die Behauptung, wir hätten nichts getan, ist einfach eine Dreistigkeit und eine Verunglimpfung und trifft nicht zu. Sie können auch sagen: Man kann noch schneller vorankommen.

Dass wir eine 20-prozentige Steigerung der Taten haben, finde ich gar nicht schlimm. Entschuldigen Sie, aber das zeigt doch nur, dass die Maßnahmen Wirkung zeigen, wir vorankommen und etwas getan haben. Im Jahr 2022 haben wir auch fast 50 % mehr Objekte kontrolliert als im Jahr davor. Das heißt, dadurch, dass wir kontrolliert haben, haben wir mehr Strafanzeigen geschrieben. Das ist doch auch logisch.

(Hendrik Schmitz [CDU]: So ist das!)

Wo ist da der Neuigkeitswert? Sich darüber aufzuregen und daraus die billige Nummer „20 % mehr – die Welt geht unter“ zu machen – mein Gott –, ist auch voll daneben und stimmt nicht.

Wir haben mehr Aktionen durchgeführt, mehr Strafanzeigen erstattet, mehr Menschen erwischt und bestraft, mehr Vermögen abgeschöpft. All das sind Fakten, die nicht zu leugnen sind. Da können Sie immer noch sagen, es könnte mehr sein. Dagegen habe ich auch nichts. Ich könnte auch noch mehr brauchen.

Dann kommt der berühmte Hinweis, wir hätten zu wenig Kriminalbeamte. Ja, natürlich hat die Kriminalpolizei zu viel zu tun und hängt am Fliegenfänger, weil so viel zu tun ist und es so viele Projekte gibt. Stimmt. Das habe ich auch noch nie bestritten. Wir sind die ganze Zeit dabei, darüber nachzudenken, wie wir das verbessern können. Wir verbessern es dadurch, dass wir mehr Polizisten einstellen, bis zu 3.000.

Dann sagen Sie: Es gehen aber zu wenige davon in die Kriminalpolizei. Herr Lübke und alle, die das vorgebracht haben, machen Sie mal einen schlaun Vorschlag, wie man sicherstellen will, dass die 2.000 oder 3.000 Leute, die zur Polizei kommen, alle zur Kripo gehen. Ich kann die doch nicht zwangsverpflichten. Herr Bialas weiß das. Die entscheiden selber, ob sie zur Schutzpolizei oder zur Kripo gehen. Die allermeisten wollen eben in den Streifenwagen – warum auch immer. Ich kann es nicht begründen, und kann es auch nicht hinterfragen. Doch, das kann ich. Aber es ist deren Recht und deren Entscheidung und nicht meine.

Das ist objektiv das Problem: Wie machen wir Kripoarbeit attraktiver? Garantiert nicht, indem wir nur darüber lamentieren, sondern indem wir sie interessanter darstellen und beschreiben. Im Übrigen – falls Sie die Statistik nicht gelesen oder vergessen haben sollten – sind seit 2017 allein in der Kriminalpolizei 500 Menschen mehr als vorher. Sie können sagen, das seien zu wenige. Da bin ich dabei. Ich hätte auch lieber mehr. Aber es ist nicht weniger, und es ist auch nicht gleich, sondern mehr – auf Deutsch: plus.

Zum Syrer im Lagebild, für Herrn Wagner und all die anderen. Wir haben objektiv festzustellen, dass auch unter diesen Straftätern Syrer sind. Ja. Es sind aber zum Beispiel auch Menschen dabei, die die syrische Staatsangehörigkeit haben, zugleich aber aus demselben libanesisch-türkischen Gebiet kommen. Die haben nur eine andere Staatsangehörigkeit. Ob daraus abzuleiten ist, dass sich neue Clans bilden, vermag ich bis heute nicht zu sagen. Deswegen lassen wir das prüfen. Es kann nämlich sogar sein – das sagen viele schlaue Leute –, dass es im Bereich dieser Syrer gar keine Clans gibt, sondern es sich um eine ganz andere Struktur handelt. Dann ist das Unsinn mit dem Clanbild.

Lange Rede, kurzer Sinn: Die syrische Staatsangehörigkeit wird bei denen jetzt auch schon erfasst. Das ist nichts Neues, sondern eine alte Klamotte. Aber ob das Clans im Sinne der Definition sind – also aus Familien geboren –, ist eine große Frage und unsicher. Deswegen muss man das erst mal klären, ehe man immer irgendwas da reinschreibt und wieder alle Leute durcheinanderbringt, aber keinen Schritt weiterkommt.

Ich würde sehr gern auch noch etwas zur Vermögensabschöpfung sagen. Ich stimme allen zu, die sagen, da müsste man mehr machen. Da bin ich sofort dabei. Nur bin ich an Recht und Gesetz gebunden

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist auch gut so!)

und kann nicht machen, was ich will. Wie alle schlaun Menschen wissen, ist diese Frage, ob Vermögensabschöpfung intensiver gemacht werden kann oder nicht, eine Frage des Bundesrechts.

Der Bundesjustizminister ist im Moment ständig in den Zeitungen zu diesem Thema. Er hat gesagt, man sollte mal was tun bei Bargeldobergrenzen, vielleicht sogar eine Umkehr der Beweislast. Kann der doch machen; der ist doch zuständig. Unter uns: Ich bin sofort dabei. Ich habe schon ein paar Mal gesagt, dass ich dafür bin, dass wir die Obergrenze beim Bargeld verändern.

(Ralf Witzel [FDP]: Wo hat der BJM das denn erklärt?)

– Bitte?

(Ralf Witzel [FDP]: Wo hat der BJM das denn erklärt?)

– Da können Sie Zeitungen lesen von vorn bis hinten. Ständig macht er schlaue Vorschläge.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

– Ich liefere Ihnen das Zitat noch nach.

Herr Buschmann, der Bundesjustizminister, hat gesagt, man müsse an diesen Stellen mehr tun und nennt auch diese Beispiele, die ich gerade benenne. Ich sage Ihnen: Wenn er beim Bargeld die Obergrenze verändern will, mache ich mit. Ich werde alles dafür tun, dass es geht, weil es richtig ist.

(Beifall von der CDU)

Das sage ich, obwohl ich weiß, dass auch in meiner Partei da verschiedene Meinungen bestehen. Aber es ist ein Beitrag. Denn zumindest die Geschäfte, die mit dem vielen Geld in der Tasche gemacht werden, kann man besser in den Griff bekommen.

Beweislastumkehr leuchtet mir sehr ein. Es ist aber von Juristen aller Parteien, aller Welten, aller Gerichte sehr umstritten, ob das bei uns überhaupt geht. Da würde ich empfehlen: Prüfen Sie es.

(Zuruf von der CDU: In Italien geht das!)

Das kann der Justizminister. Und wenn es geht, reden wir darüber. Ich habe Zweifel. Persönlich finde ich, dass es eine spannende Idee ist, aber sie muss im Rechtssystem auch machbar sein. Wir können doch keine Sachen machen, die bei Gericht dann scheitern. Das ist doch Quatsch.

Dann müssen wir überlegen – und das machen wir die ganze Zeit –: Wie können wir mit dem Instrumentarium, das wir haben, noch wirkungsvoller werden?

(Zuruf von der CDU)

Es stimmt, da kann man sicherlich immer wieder nachschauen: Kann man noch besser werden? Kann man es noch verbessern? An welchen Stellen kann man Wirkung erzielen?

Lange Rede, kurzer Sinn: Wir haben keine großen Bosse erwischt. Sie lesen doch ab und zu Zeitung: Drogenring ausgehoben, Hawala-Banking. Wir haben ein Call-Center in der Türkei hochgehen lassen, von dem aus Einzelbetrug in ganz Deutschland gemacht wurde. Sie erinnern sich noch an die Geschichte mit dem großen Glücksspiel. Wir haben den Kindergeldbetrug mindestens enttarnt. Wir haben allein in Duisburg nachgewiesen, dass man mit dieser Methode dem Duisburger Stadtrat 18 Millionen Euro ersparen kann.

Wir können gern darüber streiten, ob es der richtige oder der falsche Weg ist, ob es genug oder zu wenig ist, ob wir noch mehr Polizisten einstellen. Das kann man alles machen. Das ist ein fairer Wettstreit. Aber diese billigen Nummern, die wir im Moment hier machen, führen nur dazu, dass die Leute noch nervöser und aufgeregter werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

20 % mehr Straftaten bei der Clankriminalität sind nicht 20 % mehr Gefahren, sondern 20 % aufgedeckte Gefahren, erwischte Typen. Das ist ein Danke an die Polizei wert. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Fraktion der Grünen hat nun Kollegin Frau Dr. Höller das Wort.

Dr. Julia Höller (GRÜNE): Herr Präsident, vielen Dank! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Ich habe mich noch mal gemeldet, weil ich mir unter uns Demokratinnen und Demokraten hier im Raum sehr wünsche, dass wir nicht über jedes Stöckchen der AfD springen, das sie uns hinhält.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die menschenverachtende Erzählung scheint gerade in dieser Diskursverschiebung, die wir gerade überall im ganzen Land erleben, irgendwie ein Trend zu sein, der bis in den hessischen Wahlkampf und mit dem Vorschlag unserer Bundesinnenministerin, in Sippenhaft abzuschieben, bis ins BMI vorgedrungen ist.

(Elisabeth Müller-Witt [SPD]: Das stimmt doch gar nicht! – Zuruf von Andreas Bialas [SPD])

Ich würde mich sehr freuen, wenn wir hier eine inhaltliche Debatte führen, gern über die sogenannte Clankriminalität, gern darüber, wie wir diese Straftaten verfolgen wollen. Aber bitte, liebe Opposition, bitte Herr Bialas und Herr Lürbke, stellen Sie doch Anträge.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dann können wir darüber diskutieren, gerne auch in einer Block-II-Debatte. Dann können wir noch mal darlegen, wie wir es so oft im Innenausschuss noch und nöcher getan haben: Uns geht es hier nicht um ein Wort, es geht uns hier nicht vorrangig um einen Begriff, sondern es geht uns hier um das Analyseinstrument. Es geht uns darum, präzise zu erkennen, wie wir diese Probleme, die wir haben, lösen können. Und immer wieder etwas Gegenteiliges zu behaupten und das auch noch zu einem AfD-Antrag, das geht so nicht.

(Zuruf von Andreas Keith [AfD] – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ganz ruhig!)

Lassen Sie uns bitte darüber sprechen, aber nicht in dem Kontext eines solchen menschenverachtenden Antrags. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Andreas Keith [AfD]: Das ist genau das, was die Menschen nicht wollen!)

Vizepräsident Christof Rasche: Für die Fraktion der AfD hat nun Professor Dr. Zerbin das Wort.

(Zuruf: Ganz schön aufpassen! – Andreas Keith [AfD]: Auch noch drohen hier! Jetzt werden auch noch Parlamentarier bedroht! Danke schön! Als oberdemokratischer Gerichtsvollzieher! – Zurufe)

Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD): Ich wäre jetzt soweit.

Vizepräsident Christof Rasche: Bitte sehr!

Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aggressives Machtgehabe, Tumulte, Gewalteskalation sowie organisierte Kriminalität – das sind die Kennzeichen der Clankriminalität. Wir haben hier leider in Nordrhein-Westfalen,

insbesondere im Ruhrgebiet, eine Hochburg der Clankriminalität. Das ist das Ergebnis – und das kann man nicht wegreden, wie Sie das gerade gemacht haben – vom jahrelangen Wegschauen und offener Grenzen. Das ist die Realität.

(Beifall von der AfD)

Die Einschläge kommen näher, und das hat nichts mit der Hellfeld- bzw. Dunkelfeldproblematik zu tun.

Ich nenne Ihnen mal ein Beispiel. Ich bin angeschrieben worden von einer Professorin. Sie ist nicht fest angestellt. Ihre Eltern haben ihr ein Haus für die Altersvorsorge gekauft. Da ist eine Familie mit Clankriminalität eingezogen und hat ihr das Leben zur Hölle gemacht. Offener Drogenkonsum, Gewaltkriminalität usw., jahrelanges Martyrium. Irgendwann war sie völlig am Ende und konnte das Haus gerade noch so halten.

Was haben die bisherigen Maßnahmen gebracht – Herr Minister Reul, Sie haben das gerade gefragt? Gar nichts! Im Juli in Essen – das waren Syrer – gab es eine Riesenschlägerei, die sich nachher ausgeweitet hat. Und das Lagebild? Das haben Sie gerade gesagt: 23 % Steigerung. Das ist eine signifikante Steigerung.

Das hat nicht nur etwas mit Kontrolltätigkeit zu tun. Ansonsten könnten Sie die ganze PKS wegschmeißen, wenn das so wäre. Das ist das Problem, und das liegt an dieser linksgrünen, schwarzgrünen Nulltoleranzpolitik mit den tausend Nadelstichen. Die bringt langfristig nichts, nämlich nur Verdrängungseffekte und Gewalteskalation. Das ist strategisch gesehen das Resultat.

Die Büchse der Pandora ist durch die Altparteien geöffnet. Irgendwann – und das wird nicht mehr lange dauern – werden wir hier französische Verhältnisse haben.

Um das Ruder herumzureißen, brauchen wir keine Nadel, sondern ein scharfes Schwert. Und Sie haben schon Schwierigkeiten, diesen Clan-Begriff zu definieren. Ich sage Ihnen, liebe Grünen: Die einzigen, die stigmatisieren, sind Sie. Sie stigmatisieren ständig unsere Polizei mit latenten Rassismuskorruptionen. Und das sind diejenigen, die den Kopf hinhalten.

(Beifall von der AfD – Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. – Schutz gibt es nur von der AfD für unsere Bevölkerung. Gut ist, dass wir da sind.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Christof Rasche: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 18/5418 an den Innenausschuss – federführend –, an den Integrationsausschuss sowie an den Rechtsausschuss. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.

Wer stimmt dieser Empfehlung zu? – Mögen alle Fraktionen vielleicht mitmachen? – Die SPD-Fraktion ist dafür, die Grünen sind dafür, die CDU ist dafür, die AfD ist dafür und die FDP ist dafür und Dr. Blex ebenso. Ist jemand dagegen? – Das ist nicht der Fall. Enthält sich jemand? – Das ist auch nicht der Fall. Somit ist diese **Überweisungsempfehlung angenommen**.

Wir kommen zu:

8 Fragestunde

Mündliche Anfragen
Drucksache 18/5504

Es liegen die Mündlichen Anfragen 24, 25 und 26 vor. Ich weise darauf hin, dass gemäß § 94 Abs. 8 unserer Geschäftsordnung die Fragestellerin bzw. der Fragesteller bis zu drei Zusatzfragen stellen kann, nach Beantwortung der Mündlichen Anfrage jedes andere Mitglied des Landtages bis zu zwei Zusatzfragen. Diese müssen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Hauptfrage stehen und dürfen jeweils nur eine einzelne und keine unterteilten Fragen enthalten.

Ich rufe die

Mündliche Anfrage 24

des Abgeordneten Ralf Witzel von der Fraktion der FDP zum Thema „Wortbruch des Finanzministers beim Zuschuss für selbstgenutztes Wohneigentum – Was sind die Hintergründe und Konsequenzen für die Mitteilung der NRW.BANK zur abrupten Beendigung des Förderprogramms?“ auf.

Ich darf darauf hinweisen, dass die Landesregierung in ihrer eigenen Zuständigkeit entscheidet, welches Mitglied der Landesregierung eine Mündliche Anfrage im Plenum beantwortet. Die Landesregierung hat angekündigt, dass Herr Minister Dr. Optendrenk antworten wird. Ich gehe davon aus, dass er starklar ist. Ich übergebe ihm das Wort.

Dr. Marcus Optendrenk, Minister der Finanzen: Herr Präsident! Gerne beantworte ich diese Frage. Das Förderprogramm „NRW.Zuschuss Wohneigentum“, das über die NRW.BANK abgewickelt wird, war ursprünglich für den Zeitraum vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 angelegt. Da das geplante Fördervolumen im vergangenen Jahr nicht